

Allgemeiner Datenschutzhinweis für SEPA-Lastschrifteinzüge (Einzugsermächtigung)

1. Vorbemerkung

Mit diesem Datenschutzhinweis möchten wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen des SEPA-Lastschrifteinzug in der Gemeinde Helmstadt-Bargen informieren.

2. Ansprechpartner zur Datenverarbeitung

- a) Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:
Gemeinde Helmstadt-Bargen

vertreten durch Herrn Bürgermeister Joachim Weschbach
Rabanstr. 14
74921 Helmstadt-Bargen
gv-post@helmstadt-bargen.de

- b) Behördlicher Datenschutzbeauftragter:
Komm.ONE
Anstalt des öffentlichen Rechts
Tel. 0711-8108 14444
datenschutzbeauftragte@komm.one

3. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Die Gemeinde Helmstadt-Bargen verarbeitet Ihre Daten zum Zweck der Durchführung des SEPA-Lastschriftverfahrens für Forderungen fälliger Zahlungen bzw. für Rücklastschrift nicht einlösefähiger Zahlungen (Rücklastschrift). Das SEPA-Mandat gilt ausschließlich für die Abbuchung der konkret formulierten Einwilligung zum SEPA Mandat. Für jeglichen darüber hinaus anfallenden Zahlungsverkehr ist eine Abbuchung nicht möglich. Demnach beruht die rechtliche Legitimation auf Art. 6 Abs.1 lit a) DSGVO.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern, denen personenbezogene Daten offengelegt werden

Die hier angegebenen personenbezogenen Daten werden für die Durchführung des Zahlungsverkehrs verwendet. Dabei ist eine Übermittlung an Kreditinstitute bzw. die für die Durchführung der Abbuchung involvierten Kreditinstitute erforderlich.

5. Übermittlung in Drittländer und/oder an internationale Organisationen

Personenbezogene Daten, die bei uns verarbeitet oder gespeichert werden, werden nicht an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt.

6. Dauer der Verarbeitung, Speicherung und Löschung

Die hier angegebenen personenbezogene Daten müssen so lange gespeichert werden, wie sie für die Aufgabenerfüllung im Fachgebiet Kassenwesen erforderlich sind und die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen bzw. Verjährungsfristen dies vorgeben. Aus speziellen Vorschriften der forderungserhebenden Behörde können sich Abweichungen ergeben.

7. Betroffenenrechte

Aufgrund der Verarbeitung personenbezogener Daten entstehen Ihnen besondere Rechte, auf die wir Sie an dieser Stelle hinweisen möchten:

- Auskunftsrecht, Art. 15 EU-DSGVO: Sie haben ein Recht auf Auskunft über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten.
- Recht auf Berichtigung, Art. 16 EU-DSGVO: Es besteht ein Recht auf Berichtigung, sofern die uns übermittelten personenbezogenen Daten nicht (mehr) zutreffend sind. Bei unvollständigen Daten kann - unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung – eine Vervollständigung verlangt werden.
- Recht auf Löschung, Art. 17 EU-DSGVO: Sie können die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Der Anspruch hängt jedoch u. a. davon ab, ob die Daten noch zur Erfüllung unserer Aufgaben benötigt werden.
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 EU-DSGVO): Sie haben unter den Voraussetzungen des Art. 18 EU-DSGVO das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen.
- Recht auf Datenübertragbarkeit, Art. 20 EU-DSGVO: Dieses Recht steht Ihnen nur bezüglich solcher personenbezogener Daten zu, welche Sie uns selbst bereitgestellt haben. Sie haben das Recht von uns zu verlangen, dass diese personenbezogenen Daten von uns direkt an einen anderen Verantwortlichen oder an eine andere Organisation übermittelt werden. Alternativ haben Sie das Recht von uns zu verlangen, dass wir Ihnen selbst die Daten in einem maschinenlesbaren Format bereitstellen. Dies gilt jedoch nur, wenn wir Ihre personenbezogenen Daten aufgrund Ihrer Einwilligung oder aufgrund eines Vertrages oder im Rahmen von Vertragsverhandlungen verarbeiten und die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.
- Recht auf Widerspruch, Art. 21 EU-DSGVO: Soweit personenbezogene Daten auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchst. e) EU-DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu widersprechen, sofern nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse oder eine Rechtsvorschrift dem entgegensteht. Ebenso kann entgegenstehen, wenn die Verarbeitung für die Durchführung der ordnungsgemäßen Aufgabenerfüllung oder die Abwicklung des Vertrages weiterhin erforderlich ist.
- Widerrufsrecht, Art. 7 Abs. 3 EU-DSGVO: Soweit die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf einer von Ihnen erteilten Einwilligung beruht, haben Sie das Recht, diese Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.
- Beschwerderecht, Art. 77 EU-DSGVO: Sind Sie der Ansicht, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die EU-DSGVO verstößt, haben Sie unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde. Wenden Sie sich in diesem Fall an:

Hausanschrift: Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart

Postanschrift: Postfach 10 29 32, 70025 Stuttgart

Telefonzentrale: +49 711/61 55 41-0

E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de
